

Abgestimmte Resolution:

„Wir konnten in den vergangenen Jahren und insbesondere in den letzten Monaten live miterleben, dass die Politik die existenziellen Anliegen der Studierenden systematisch ignoriert: In der Pandemie wurde eine psychologische Massenverelendung der Studierenden sehenden Auges in Kauf genommen, in der Wohnungsfrage wird ein demokratischer Volksentscheid übergangen, während WG-Zimmerpreise durch die Decke gehen.¹ Seit dem russischen Angriffskrieg und den Reaktionen schießen die Energie- und Lebensmittelpreise in die Höhe und die Aufrüstung der Bundeswehr scheint das neue Lieblingsprojekt der Ampel-Regierung geworden zu sein: 100 Milliarden für Aufrüstung und keine ernsthaften Fortschritte bei Klima, Sozialem und Bildung. Die Spitze des Eisbergs bildet der Umgang mit den aktuellen Preisexplosionen. Wir Studierende waren schon vor der jüngeren Inflationsdynamik zu fast 40% von Armut bedroht² und jetzt, wo uns Nebenkostennachzahlungen im vierstelligen Bereich bevorstehen und die Mensapreise deutlich gestiegen sind³, bedenkt uns die Ampel mit einer unzureichenden Einmalzahlung von 200 Euro. Die dauerhaften staatlichen Unterstützungsstrukturen können diese Lücke nicht füllen. BAföG erhalten derzeit nur 11% der Studierenden⁴ und die letzte Anpassung des Grundbedarfbetrags von 5,75% entsprach nicht einmal annähernd der derzeitigen Inflation.

Es reicht! Wir Studierenden können uns offensichtlich nicht auf die Politik verlassen. Deswegen sagen wir: „Genug ist Genug!“ und fordern:

1. Kurz- und langfristige finanzielle Entlastung: Vom Bund fordern wir einerseits kurzfristige Einmalzahlungen, die den Nebenkostenrückzahlungen angemessen sind. Andererseits ein staatszugehörigkeits- und elternunabhängiges sowie rückzahlungsfreies BAföG, unabhängig vom eigenen Vermögen und über die Regelstudienzeit hinaus. Das BAföG muss außerdem über die Armutsgrenze⁵ auf mindestens 1.400 Euro erhöht werden. Dabei darf eine Erhöhung des BAföG-Satzes nicht zu einer Erhöhung der Bemessungsgrundlage der studentischen Krankenversicherung führen. Des Weiteren fordern wir eine Senkung des Beitragssatzes der

¹ Radioeins: „Preise für Berliner WG-Zimmer steigen spürbar an“, 08.09.22, 7:30:

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/09/wg-zimmer-berlin-studie-teurer-geworden-cottbus-.html>
(Letzter Zugriff: 01.02.23)

² Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. N066, 16.11.22:

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_N066_63.html (Letzter Zugriff: 01.02.23)

³ Studierendenwerk: „Preiserhöhungen in unseren Mensen“, 28.12.22:

<https://www.stw.berlin/news/preiserhoehungen.html>

⁴ Der Paritätische. Paritätische Forschungsstelle: „Armut von Studierenden in Deutschland“, 17.05.22.

⁵ Tagesschau: „Armut in Deutschland stark gestiegen“, 24.11.22, 14:33:

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/armut-in-deutschland-stark-gestiegen-101.html> (Letzter Zugriff: 01.02.22)



Berlin, 02.02.2023

studentischen Krankenversicherung. Ebenso fordern wir das Studierendenwerk und den Berliner Senat auf, die Mensapreise stärker zu subventionieren, sodass diese stabil bleiben.

2. Bezahlbarer Wohnraum für alle: Wir fordern vom künftigen Berliner Senat den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ umzusetzen sowie preiswerte Wohnmöglichkeiten für Studierende, Azubis und alle Menschen, die unter den hohen Mietkosten leiden müssen, zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass allen Geflüchteten und obdachlosen Menschen in Berlin so schnell wie möglich kostenloser Wohnraum auf Dauer bereitgestellt wird.

3. Ausfinanzierte Hochschulen: Vom Berliner Senat fordern wir mehr Geld für Lehre und Forschung, die gute Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und Tarifbindung für alle Beschäftigten an den Berliner Hochschulen ermöglichen. Von den Universitäts- und Hochschulleitungen erwarten wir, dass dies entsprechend umgesetzt wird.

4. Stärkere Mitbestimmung der Studierenden: Wir fordern, dass die Mehrheit der Professor:innen in den relevanten universitären Entscheidungsgremien wie z.B. dem Akademischen Senat aufgelöst wird. Besonders bei den Öffnungszeiten der Bibliotheken und etwaigen Schließungen müssen wir als Studierende stärker mitbestimmen können.

5. Rechenschaftspflicht gegenüber den Studierenden: Wir halten die Universitäts- und Hochschulleitungen an, halbjährlich vorzuweisen, wie sie sich für die beschlossenen Forderungen einsetzen.

6. Eine sozial- und klimagerechte Wirtschafts- und Verkehrswende: Im Anschluss an das 9€-Ticket fordern wir vom Berliner Senat und Bund den schnellen Ausbau eines klimafreundlichen und kostenlosen ÖPNV mit guten Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten. Wir stellen uns gegen die Privatisierung der S-Bahn und den Ausbau der A100. Außerdem fordern wir die entschädigungslose Enteignung der Energiekonzerne.

7. Solidarität mit den Kämpfen geflüchteter Menschen: Wir stehen für eine Möglichkeit auf Leben und Zugang zu den Universitäten und Hochschulen für alle Menschen und stellen uns gegen jede Abschiebung.

8. Gegen Polizeigewalt und Aufrüstung: Für Zivilklauseln an allen Berliner Hochschulen: Wir fordern, dass die Universitäten und Hochschulen jegliche Forschung zu militärischen oder *dual use*-Zwecken ebenso wie die Werbung von Polizei und Bundeswehr auf unseren Campus verbieten. Zusätzlich fordern wir ein Verbot von Investitionen in “Fonds”, welche Geld in Rüstungskonzerne und Klimakiller stecken. Über die Universität hinaus fordern wir:



Berlin, 02.02.2023

- 100 Milliarden für Gesundheit und Soziales statt Aufrüstung!
- Kein Werben fürs Sterben: Für ein Werbeverbot für die Bundeswehr!
- Gegen den Ausbau der Polizei: Keine Polizeiwache am Kottbusser Tor!
- Gegen jede Abschiebung! Kein Abschiebezentrum am Flughafen BER!

9. Gegen Outsourcing: Die Kolleg:innen der Berliner Tochterunternehmen der Krankenhäuser kämpfen seit Jahren gegen die Outsourcingpolitik des Berliner Senats. Outsourcing bedeutet Altersarmut für tausende Beschäftigte in Berlin und ist eine Folge der Kürzungspolitik. Wir fordern die sofortige Eingliederung aller Tochterunternehmen in Berlin.

10. Wir schließen uns mit und durch unsere heutige Vollversammlung der bundesweiten Bewegung "Genug ist Genug" an.

Um unsere Forderungen durchzusetzen, schlagen wir eine Doppelstrategie vor:

- 1) Um einerseits unseren *studentischen* Anliegen Nachdruck zu verleihen, werden wir im Sommersemester unseren Protest an den Universitäten und Hochschulen ausweiten und intensivieren. Nur wenn wir viele sind und eine breite Bewegung aufbauen, die Unterschiede zulässt, können wir erfolgreich sein. Wir sind bereit, wenn nötig, den Hochschulbetrieb zu bestreiken und verstehen Besetzungen als ein taktisches Mittel. Mit unseren Kommiliton:innen, den studentischen Hilfskräften, werden wir im Rahmen von TVStud für substanzielle Lohnerhöhungen kämpfen, denn ihre Arbeitsbedingungen sind unsere Lehrbedingungen. Wenn sie streiken, stehen wir an ihrer Seite.
- 2) Um unsere Forderungen durchzusetzen, suchen wir andererseits das Bündnis mit den Beschäftigten der laufenden und anstehenden Tarifaussinandersetzungen. Wenn die Kolleg:innen in den Krankenhäusern, der BSR, in den Wasserbetrieben, der Post und im Einzelhandel streiken, werden wir sie tatkräftig unterstützen, denn sie halten unsere Gesellschaft am Laufen und bestimmen die Qualität unserer Daseinsvorsorge. Millionen Beschäftigte fallen unter diese Regelungen. Entsprechend kann eine erfolgreiche Auseinandersetzung gesamtgesellschaftlich ausstrahlen und unseren Protest beflügeln.